



Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe 3 - Juli 2008

★ Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder unseres Brüsseler Verbandes, liebe Freunde der Europa-Union Deutschland,



wer sich für die europäische Einigung engagiert, wie die Mitglieder der Europa-Union Deutschland, muss zwangsläufig krisenerprobt sein. Während das "gefühlte Europa" in der kollektiven Psyche der Bürger inzwischen fest verankert ist – und das beweisen die Gefühle, die jede Fußballeuropameisterschaft, jeder European Song Contest, ja jeder Besuch in den Vereinigten Staaten oder etwa einer afrikanischen Urlaubsdestination freisetzt – wächst das institutionelle Europa nicht zwangsläufig durch starke Anziehungskräfte zusammen. In Politik und Recht entsteht Europa seit Jahrzehnten in einem schwierigen, immer wieder von harten Rückschlägen begleiteten Prozess, der auf Sachzwänge reagiert und von Interessen statt Emotionen getragen wird. Seit ihren ersten Anfängen ähnelte der europapolitische Fortschritt einer Echternacher Springprozession. Aber immerhin: bislang ist es aller Rückschläge zum Trotz im Ganzen immer voran gegangen.

Können wir darauf aber auch weiter vertrauen? Wir können nicht daran vorbei sehen, dass die Europäische Union für eine Mehrheit in der Bevölkerung und der so genannten politischen Klasse in den letzten Jahren auf eine Frage des "nolens volens" zurückgeschrumpft ist. Europa an sich wird bejaht, wie alle Umfragen zeigen, und gleichzeitig wird die kon-

krete Form, in der sich die europäische Einigung vollzieht, in immer mehr Referenden abgelehnt. Selbst in klassischen Mitgliedstaaten und in Ländern, die wie Irland oder Österreich ganz unzweifelhaft zu den großen Gewinnern der Mitgliedschaft in der Union gehören – nicht in irgendeinem imaginären Europa, sondern ganz real in der verrechtlichten, oftmals bürokratischen Europäischen Union der Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza – wird in Umfragen die Legitimität der europäischen Institutionen und der Union insgesamt in Frage gestellt. Die immerhin 6 Prozent mehr Neinsager als Jastimmen zum Lissabonner Vertrag beim Referendum in Irland am 12. Juni mögen in absoluten Zahlen nur 106.000 Stimmen ausmachen. Aber wer wollte seine Hand dafür ins Feuer legen, dass nicht in vielen Mitgliedstaaten der EU Volksabstimmungen über das Vertragwerk zu ähnlichen Ergebnissen führen würden?

Die Gründe dafür sind vielschichtig, in Irland wie in der Union insgesamt, zu vielschichtig für rasche und einfache Antworten. Es ist aber sicher, dass das organisierte Europa heute mehr denn je überzeugen muss, und das in einem wieder schwieriger werdenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umfeld. Überzeugen durch seine Ergebnisse für Bürger und Staaten, durch die Leistungsfähigkeit seiner Institutionen und die Transparenz und demokratische Kontrolle seiner Entscheidungsprozesse. Die Tragik, die darin liegt, dass gerade ein sicherlich in mancherlei Hinsicht kritikwürdiger Vertrag, der dazu bessere und offenere Rahmenbedingungen schafft, nun durch das irische Nein vor einer ungewissen Zukunft steht, macht nur umso deutlicher,





wie notwendig es wieder ist, unablässig für die Europäische Union zu werben, sie zum Thema zu machen, über ihre Politiken zu argumentieren und zu diskutieren und sie mit Offenheit für die berechtigten Anliegen der Bürger und Kreativität für die Lösungen zu reformieren.

Nach dem irischen Referendum gilt es, Kurs zu halten: Und dennoch darf unsere Antwort auf die Euroskepsis vieler nicht das schlichte Augen-zu-und-durch sein. Denn auf Dauer kann die Union als reines Elitenprojekt nicht überleben. Über viele Jahrzehnte konnte die Idee einer immer enger werdenden Union der Völker und Staaten Europas Menschen begeistern. Es mag unrealistisch klingen, aber es lohnt sich dafür zu arbeiten, die Kraft der positiven Emotionen für die europäische Integration neu zu wecken. Und darzustellen, was Europa leistet und nur das institutionelle Europa leisten kann zur Gestaltung der Globalisierung, zur Bewahrung und Entwicklung des europäischen Sozialmodells, zur Vertretung unserer Interessen in der Welt zugunsten von Frieden, Interessenausgleich und Entwicklung.

In unserem Brüsseler Verband engagiert sich seit nunmehr einem Jahr eine stattliche Anzahl von Bürgern, für die Idealismus für die Sache der europäischen Einigung und harten Ringen um den Ausgleich von Interessen im Alltag der Europapolitik keine Gegensätze sind. Am 2. Juli, ein gutes Jahr nach unserer Gründungsversammlung vom 14. Juni 2007, kommen wir zu unserer ersten Mitgliederversammlung zusammen, zu der Sie, die inzwischen fast 180 ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder herzlich eingeladen sind. Mit der Mitgliederversammlung geht die Aufbauphase unseres Verbandes mit der Zuwahl eines weiteren stellvertretenden Vorsitzenden und drei weiteren Mitgliedern auf die bislang noch unbesetzten Plätze unseres Vorstandes zu Ende. Im ersten Jahr haben wir die Grundlagen gelegt für eine solide Verbandsarbeit. Mit festen Veranstaltungsreihen wie den Debriefings des deutschen Ständigen Vertreters, Botschafter Dr. Duckwitz, regelmäßig

nach dem Zusammentreten des Europäischen Rates, mit unseren Diskussionsforen in der Reihe "EUD konkret", mit offenen Veranstaltungen außer der Reihe zu aktuellen Themen der Europapolitik, wie dem Abend zur Zukunft des Reformvertrags im vergangenen November und mit unseren Praktikantenfahrten zu Shape oder nach Ypern, hat die EUD Brüssel über ihre Mitglieder hinaus Hunderte von Interessierten angesprochen und Europa diskutiert.

Der Verband hat seinen Rhythmus gefunden. Ihnen, den vielen Mitgliedern und Freunden, die sich dafür in Ihrer Europa-Union engagieren, sei dafür herzlich gedankt. Für das kommende Jahr haben wir eine Menge vor, und an guten Ideen mangelt es nicht. Wichtig ist aber, dass wir bei aller Betriebsamkeit nicht der Versuchung verfallen, nur den Brüsseler Markt zu bedienen. Unser Verband sollte beides sein: Inkubator für neue europapolitische Ideen und Debatten und Transmissionsriemen für aktuelles europapolitisches Know-how nach Deutschland, in die Gliederungen der Europaunion und überall, wo gesellschaftspolitische Kräfte Europa diskutieren. Gerade jetzt, nach dem irischen Referendum, dürfen wir uns nicht in die Defensive drängen lassen, sondern müssen versuchen, die Fragen nach der Union, die die Bürger bejahen und Nutzen der europäischen Politiken für jeden einzelnen aufzugreifen, Antworten zu formulieren und damit für eine breite demokratische Basis für Fortgang der europäischen Integration zu werben.

Dazu hoffe ich auf Ihr Engagement und Ihre intensive Mitarbeit in den spannenden zwölf Monaten bis zur Europawahl. Zuvor aber wünsche ich Ihnen im Namen des Vorstands Ihres Brüsseler Verbandes entspannende und erholsame Sommerwochen, die Sie, liebe Mitglieder wenn Sie wollen, mit uns gemeinsam beim Mitglieder-Sommerfest der EUD Brüssel in der letzten Augustwoche beschließen können. Sie sind dazu alle herzlich eingeladen!

Ihr Dr. Michael Köhler

★ **Wie weiter nach dem irischen Referendum?**

von Jo Leinen MdEP

Entgegen den häufig zu vernehmenden Unkenrufen ist mit dem irischen Nein weder der Vertrag von Lissabon tot, noch der europäische Verfassungsvertrag gescheitert. Natürlich ist das Ergebnis des Referendums ein Rückschritt. Es ist nicht gelungen die Mehrzahl der irischen Bevölkerung zu überzeugen, dass dieser Vertrag zu Ihrem Nutzen ist und dass Reformen der Europäischen Union dringend notwendig sind. Der Ausgang des Referendums darf nicht ignoriert werden: eine genaue Analyse der Gründe für die Ablehnung ist notwendig. Andererseits kann die irische Bevölkerung aber nicht für die anderen 26 Mitgliedstaaten sprechen. Eine parlamentarische Abstimmung ist genauso viel wert wie eine Volksabstimmung. In 19 Mitgliedstaaten wurde der Vertrag bereits ratifiziert. Aufgrund des Neins von 862.415 irischen Vertragsgegnern darf den 500 Millionen EU-Bürgern nicht eine bessere EU vorenthalten werden. Anders als nach dem französischen und niederländischen Referendum in 2005 ist diesmal eine relativ einheitliche Antwort der europäischen Politiker auf die Frage "wie weiter" zu hören: Die Ratifizierung muss fortgesetzt werden und anschließend ein Lösung im Umgang mit Irland gefunden werden.

Ratifizierungsprozess muss fortgesetzt werden

Zwei Optionen für den Umgang mit dem Ergebnis in Irland werden weitgehend ausgeschlossen: den Reformprozess komplett auszusetzen oder eine neue Vertragsverhandlung zu beginnen. Seit dem Vertrag von Amsterdam Mitte der Neunziger Jahre debattieren wir darüber, wie Europa demokratischer und handlungsfähiger werden kann. Der Vertrag von Lissabon ist der endgültige Kompromiss, der lang und intensiv diskutiert wurde und für alle Regierungen und Institutionen in der EU akzeptabel war. Ein Neuanfang der Vertragsverhandlungen würde zu denselben Debatten mit vielleicht noch schlechteren Ergebnissen führen. Die einzig akzeptable Lösung ist, das

Ratifizierungsverfahren fortzusetzen und danach eine Lösung für Irland zu finden. Mit der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon in Großbritannien - sechs Tage nach dem Nein in Irland - wurde dieser Weg schon erfolgreich begonnen. Um die Zustimmung zum Vertrag für die irische Bevölkerung zu ermöglichen, sollte der Europäische Rat eine Erklärung ausarbeiten, um auf einige der irischen Kritikpunkte einzugehen. Auf dieser Grundlage wird es ein erneutes Referendum in Irland geben. Dabei muss allerdings von Beginn an klar sein, dass bei einem negativen Ausgang das Land zumindest einen Ausstieg aus den neuen Politiken des Lissabon-Vertrages provoziert.

Gründe für das Nein

Als Grundlage für eine ergänzende politische Erklärung müssen die Gründe für das Nein analysiert werden. Mit Sicherheit haben die schlechte Informations- und Kommunikationspolitik und das fehlende Europa-Engagement entscheidend zum negativen Ausgang des Referendums beigetragen. Obwohl die populistischen Argumente der Vertragsgegner oft jedweder Realität entbehrten und nicht mit dem Vertrag in Verbindung standen, wurden sie zu spät und nicht überzeugend genug zurückgewiesen. Viel zu wenige Politiker und Bürger haben sich in Irland auf die Straße gewagt und für den Vertrag geworben. Auch die schwach entwickelte europäische Öffentlichkeit und die weitgehend von nationalem Denken dominierte Medienlandschaft sind Grund für das negative Votum in Irland.

Nicht zu vergessen ist aber auch die Tatsache, dass zwei Drittel der Arbeiter in Irland gegen den Vertrag von Lissabon sind. Es besteht eine verbreitete Einschätzung, die EU würde sich zu wenig für die sozialen Belange der Unionsbürger einsetzen. Insbesondere die kürzlich ergangenen Urteile des Europäischen Gerichtshofs zu den Fällen Rüffert, Laval und Viking haben diese Position bestärkt. Eine politische Erklärung über ein Soziales Europa wäre hilfreich, um viele Bedenken auszuräumen.

Vom Lager der Vertragsgegner wurde vor allem die Angst um einen Verlust des nationalen Einflusses in der EU angeheizt. Insbesondere die Verkleinerung der Kommission wurde kritisiert, da Irland dann nicht mehr in jeder Legislaturperiode ein eigener Kommissar zustünde. Dass im Vertrag von Nizza - der nach dem irischen Nein bis auf weiteres bestehen bleibt - bereits ab 2009 eine Verkleinerung der Europäischen Kommission vorgesehen ist und nicht erst ab 2014, wurde von den Euroskeptikern wissentlich verschwiegen. Auf die zukünftige Zusammensetzung der Kommission - die auch in anderen Mitgliedstaaten diskutiert wird - muss nochmals gesondert eingegangen werden. Es könnte klargestellt werden, dass jeder Mitgliedstaat eine politische Funktion in der Europäischen Kommission besetzen kann, entweder einen stimmberechtigten Kommissar oder einen quasi "Staatssekretär".

Das Ratifikationsverfahren

Das Ergebnis in Irland hat erneut ein Problem der EU aufgezeigt: während es uns gelungen ist, viele der nationalen Vetos bei der Gesetzgebung abzuschaffen, müssen Verträge weiterhin einstimmig ratifiziert werden. Dass dies in einer Union mit 27 Mitgliedstaaten nicht mehr möglich ist, liegt nahe. Neben dem irischen Referendum können auch innenpolitische Spiele wie in der Slowakei oder europaskeptische Regierungen wie in der Tschechischen Republik eigenhändig das Voranschreiten der großen Mehrheit der Mitgliedstaaten aufhalten. Vor diesem Hintergrund muss erneut geprüft werden, inwiefern die Einführung eines echten Europäischen Referendums oder die Ratifizierung mit einer superqualifizierten Mehrheit der nationalen Parlamente möglich ist. Das Nein in Irland hat eines bereits bewirkt: ein intensives Nachdenken über die nächste Etappe der EU-Reform.



Zur Person: Jo Leinen, Jahrgang 1948, hat in Saarbrücken und Bonn Rechts- und Wirtschaftswissenschaften studiert, war von 1985 - 1994 Umweltminister im Saarland und

ist seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments. Dort ist er seit 2004 Vorsitzender des Verfassungsausschusses. Jo Leinen war von 1997 - 2005 Präsident der Union Europäischer Föderalisten (UEF) und ist seitdem ihr Ehrenvorsitzender.

★ Intergroup "Federalists" zum Vertrag

Anlässlich des negativen Ausgangs des irischen Referendums traf sich die "Intergroup of the Federalist Friends" im Europäischen Parlament zu einem außerordentlichen Meeting, um die Frage einer Lösung über die Rettung des Lissabonner Vertrags zu debattieren. Eröffnend drückte der Vorsitzende Andrew Duff MdEP sein Bedauern über die negativen Abstimmungen in Irland aus, betonte aber zugleich, dass er dieses Referendum nicht als Absage an Europa sehe, sondern andere Gründe dafür Ausschlag gebend waren.

Denn eigentlich seien die Iren bekennende Befürworter Europas, deren Frustration gegenüber nationalen Politikern sich in dem Referendum widerspiegeln. Duff sieht die Ursache der Ablehnung darin, dass die Mehrheit der Bevölkerung nicht ausreichend über den Vertrag aufgeklärt wurde. Nach aktuellen Umfragen gab die Mehrheit der Wähler, die gegen den Vertrag stimmten zu, nicht über den Vertrag Bescheid zu wissen. Zudem gäbe es klare Zeichen, dass sich zusehends eine anti-europäische Haltung EU-weit verbreite, die durch nationale Populisten, aber auch durch die Presse angekurbelt werde. Um dem entgegenzuhalten, müsse eine dauerpräsen- te, strukturierte "Pro Europe Campaign" eingeleitet werden, welche die Bürger über die Vorteile für sie aufklärt. Dies stieß auf allgemeine Zustimmung innerhalb der Diskussionsrunde.

Außerdem sorgte sich der Vorsitzende auch um die bevorstehenden Europa-Wahlen im nächsten Jahr. Die Beteiligung dürfte bei einer negativen Stimmung gegenüber der EU relativ gering ausfallen.

In der anschließenden Diskussion war man sich einig, dass die Ablehnung des Vertrags nicht ein irisches sondern ein europäisches

Problem sei. Um die Bürger von der europäischen Integration zu überzeugen, müsse man Kampagnen einleiten und vor allem auch das Internet effektiv nutzen, um so gezielt junge Bürger anzusprechen und sie für Europa zu sensibilisieren. Die Lösung des Problems, wie der Vertrag von Lissabon gerettet werden kann, werde zentrales Leitmotiv der französischen Ratspräsidentschaft ab Juli sein. Um den Prozess zu beschleunigen und voranzutreiben, sollten nun die noch ausstehenden Staaten den Vertrag möglichst schnell ratifizieren.

Als Lösungsvorschlag für die Rettung des Lissabonner Vertrages wurden neben der "Pro Europe Campaign" noch weitere verschiedene Ansätze zu Sprache gebracht, wie zum Beispiel die Idee des französischen Abgeordneten Gérard Onesta, eine EU-weite Abstimmung über die Ratifizierung des Vertrags am selben Tag der Europawahlen zu initiieren, um Vertrauen zu den Bürgern und Zuversicht hinsichtlich des Vertrages zu demonstrieren.

Katharina Hänsler

★ EUD-Parlamentariergruppe

Sind wir schon auf der gleichen Wellenlänge oder müssen wir erst noch die gemeinsame Frequenz finden?

Wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk Europa wahrnimmt, und wie sich Europa, insbesondere Europaparlamentarier, durch die Medien verstanden fühlen, war Gegenstand des parlamentarischen Abends bei ARTE.

Die inzwischen 75 Mitglieder der 99 deutschen Europaabgeordneten umfassende Parlamentariergruppe der überparteilichen Europa-Union im Europäischen Parlament hatte gemeinsam mit ARD und ZDF in die Räumlichkeiten von ARTE nach Straßburg eingeladen. Fritz Raff (ARD-Vorsitzender und SR-Intendant), Peter Boudgoust (Intendant des SWR), Markus Schächter (Intendant des ZDF) und Gottfried Langenstein (ARTE-Präsident) sowie die Europakorrespondenten Udo van Kampen (ZDF) und Rolf-Dieter Krause (ARD) standen den kritischen Fragen der Eu-

ropaparlamentarier nicht nur Rede und Antwort, sondern gaben auch Einblick in ihren täglichen, nicht immer ganz leichten Umgang mit Europa und seinen oftmals nur schwer zu vermittelnden Entscheidungen. Gerade auch im Hinblick auf die im nächsten Jahr anstehenden Europawahlen kreisten Gespräche und Diskussionen immer wieder um die Frage, wie eine europäische Öffentlichkeit geschaffen und Bürgerinnen und Bürger mehr Lust auf Europa gemacht werden kann.

Nach drei intensiven Stunden Diskussion bestand darin Einigkeit, dass beide Seiten - sowohl Medienvertreter als auch Europaabgeordnete - nur dann Europa medienpolitisch verwertbar machen können, wenn die Zusammenarbeit noch weiter intensiviert wird.

Im Vorfeld trafen sich die Mitglieder der Parlamentariergruppe, um zu den bisherigen Co-Sprechern Norbert Glante (SPD) und Rainer Wieland (CDU) zwei weitere Sprecher zu benennen. Alexander Alvaro (FDP) und Michael Cramer (Grüne) werden nun die FDP und die Grünen in der Parlamentariergruppe vertreten. Entscheidend, so der bisherige Co-Sprecher Rainer Wieland MdEP sei es, die Überparteilichkeit hochzuhalten und so lange der Wahlkampf noch nicht ausgebrochen sei, die Europawahl 2009 vorzubereiten. Die 4 Sprecher verständigten sich darauf, die Zusammenarbeit mit der Parlamentariergruppe im Bundestag zu verstärken.

Mirjam von Jarzebowski

Michael Cramer, Rainer Wieland, Norbert Glante,



Alexander Alvaro MdEP

★ 3. Debriefing mit Botschafter Duckwitz

Mit der nun schon dritten Auflage scheint das Debriefing des Brüsseler Verbandes der Europa-Union Deutschland mit Botschafter Dr. Duckwitz bereits ein fester Termin für deutsche und deutschsprachige Europainteressierte in Brüssel geworden zu sein. So folgten am 23. Juni wieder mehrere hundert Gäste der Einladung in das Goethe-Institut. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Leiterin des Goethe-Instituts, Frau Margareta Hauschild und einleitenden Worten des EUD-Brüssel-Vorsitzenden Dr. Michael Köhler zog Dr. Duckwitz ein Resumée des Gipfels vom 19. und 20. Juni.

Wie zu erwarten, sei das irische Referendum und das weitere Vorgehen im Ratifizierungsprozess des Lissabon-Vertrages im Mittelpunkt der Gespräche gestanden. Die irische Regierung sei nun gefordert, sich bis zum Europäischen Rat im Oktober mögliche Lösungen zu überlegen. Das Votum Irlands sei ernst zu nehmen, die Staats- und Regierungschefs seien sich aber nahezu einig gewesen, dass der Ratifizierungsprozess fortgesetzt werden müsse. Als positives Signal wurde in diesem Zusammenhang die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages durch das britische Oberhaus wenige Tage nach dem negativen Ausgang der irischen Volksabstimmung gewertet. Man sei im Hinblick auf das Inkrafttreten des Vertrages noch "zuversichtlich" und habe bisher keinen konkreten Fahrplan, sollte die Ratifizierung nicht rechtzeitig abgeschlossen sein. Interessant könnten die Auswirkungen auf die Europawahl 2009 werden. Mit dem Lissabon-Vertrag würde Deutschland nur noch 96 anstelle von 99 Europaabgeordneten stellen. Sollte der Zeitpunkt des Inkrafttretens zu nahe an den Wahltermin fallen, würde die verbleibende Zeit nicht ausreichen, um Vorkehrungen wie die Änderung des Wahlgesetzes, die Erstellung einer Kandidatenliste etc. rechtzeitig zu treffen.

Ein weiteres wichtiges Thema des Juni-Gipfels waren die Entwicklung der Lebensmittel- und Erdölpreise. Die Staats- und Regierungschefs seien sich aber einig gewesen, dass

diese Probleme durch den Markt gelöst werden müssten. Mehrheitlich abgewiesen wurde der Vorschlag Österreichs, eine Spekulationssteuer für Rohöl einzuführen. Einige größere Mitgliedstaaten wie Frankreich regten an, die Mehrwertsteuer bei erdölhaltigen Produkten zu senken, auch hier äußerten sich die anderen Mitgliedstaaten zurückhaltend. Die französische Ratspräsidentschaft wird dazu noch vor dem Oktober-Gipfel eine Studie vorlegen.



Der Bereich "Justiz und Inneres" nimmt in den Schlussfolgerungen mit "der Aufzählung von Projekten" einen relativ großen Platz ein. Dies sei üblich am Ende einer Ratspräsidentschaft, so Botschafter Duckwitz, und habe nicht ausführlich diskutiert werden müssen. Als konkreten Vorgaben sind unter anderem die Vorlage des Asyl- und Einwanderungspaktes durch die französische Präsidentschaft auf Basis der Mitteilung der Kommission sowie die Verwirklichung eines Europäischen Asylsystems bis 2010 genannt.

Das Thema "Westlicher Balkan" wurde auf dem Rat ebenfalls behandelt, wenn gleich auch in den Schlussfolgerungen keine konkreten Ziele festgehalten wurden. Die slowenische Präsidentschaft wollte für Mazedonien Ende 2008 "als ein Zeitziel für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen" festlegen; das "Thema Mazedonien" sei allerdings bei Griechenland wegen der Namensgleichheit mit der griechischen Region Mazedonien und der Angst vor möglichen territorialen Ansprüchen ein "höchst sensibles Thema". "Klima und Energie" seien keine zentralen Themen auf dem Gipfel gewesen, eine nähere Befassung wird von der französischen Ratspräsidentschaft erwartet, ebenso wie nähere Ausführungen zur "Mittelmeerunion", die auf dem Rat 13. Juli in Paris auf der Tagesordnung steht. Auch zur "östlichen Partnerschaft" gäbe es derzeit "nichts Konkretes", so Duckwitz.

Katharina Aubele

★ EUD konkret: Europawahl 2009

Das Superwahljahr 2009 – nicht nur einmal, nein sogar zwei- bis dreimal werden die Bürgerinnen und Bürger der EU in manchen Mitgliedstaaten im nächsten Jahr an die Wahlurne gebeten. Denn neben Kommunal-, Landtags- oder nationalen Parlamentswahlen verlangen im Superwahljahr 2009 auch die Abgeordneten in Brüssel nach dem mündigen Bürger: nach 5 Jahren neigt sich die Legislaturperiode des Europäischen Parlamentes dem Ende entgegen und alte sowie neue Kandidaten fiebern einer Nominierung als Mitglied des Europäischen Parlamentes entgegen.

Anfang Juni wird die EU so fassbar und bürgernah wie sie es sonst nur leider sehr selten ist – dann werden die Wahlberechtigten der ca. 490 Millionen Einwohner der EU auf ihren Wahlzetteln ankreuzen können, wer sie im Europäischen Parlament vertreten und ihre Interessen im Parlament gegenüber Rat und Kommission durchsetzen soll.

Doch bis dahin ist noch ein weiter Weg zurückzulegen. Aktuellen Umfragen von Eurobarometer zufolge ist das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an europäischer Politik nicht gerade besonders groß: 60% der Befragten gehen davon aus, dass das Europäische Parlament nicht auf seine Wählerinnen und Wähler hört. 47% sehen das Europäische Parlament als ineffiziente Institution.

Die EU und ihr Einfluss auf unser regionales und nationales tägliche Miteinander sind enorm und unverzichtbar. Doch trotz großer politischer Erfolge ist die EU nach wie vor für viele ein undefinierbares und überflüssiges Bürokratiegebilde.

Wie also die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, dass sie zur Europawahl gehen und ihr Kreuz bei einem Abgeordneten machen, der zusammen mit 26 anderen Nationen in Brüssel und Straßburg für wichtige Gesetze in der EU kämpft? Kommen rein europäische Themen überhaupt bei den Wählerinnen und Wählern an oder muss der Fokus der Europawahlen 2009 mehr bei "europäisierten" na-

tionalen Themen liegen? Könnte die Aufstellung europaweiter Spitzenkandidaten helfen, den Blick des Wählers über den nationalen Tellerrand zu führen? Können die europäischen Parteien bei der Schaffung einer wirklichen europäischen Öffentlichkeit helfen?

Diese und noch weitere Fragen waren Diskussionsgegenstand bei der 2. Veranstaltung EUD-konkret des Verbandes Brüssel der Europa-Union Deutschland. Bis zu 80 Mitglieder des Brüssler Verbandes füllten die Stuhlreihen in den Räumlichkeiten der Landesvertretung Rheinland-Pfalz, um mit Vertretern der europäischen Parteien erste Antworten zu finden. Nach einleitenden Worten vom Vorsitzenden der Europa-Union Brüssel, Dr. Michael Köhler, und Pia Wenningmann stellten unter der Moderation von Ulla Kalbfleisch-Kottsieper Luc Vandeputte (Stellvertretender Generalsekretär der EVP), Dr. Andreas Helle (Policy-Adviser im Generalsekretariat der SPE), Juan Behrend (Generalsekretär der EGP) und Helmut Scholz (Koordinator im Generalsekretariat der EL) ihre Positionen und Argumente vor. Intensiv wurde mit dem Publikum erörtert, welche Themen für die Europawahl gesetzt werden könnten, welche Aufgaben die nationale Presse übernehmen muss und wie die einzelnen europäischen Parteien im Vorfeld versuchen könnten, ihren Einfluss noch stärker geltend zu machen. Nach zwei spannenden und interessanten Diskussionsrunden ging man dazu über, bei einer Brezel und einem Glas Wein in kleiner Runde und persönlichen Gesprächen noch offen gebliebene Fragen weiterzudiskutieren.



Europa wählt – und hoffentlich nicht zu knapp. Bis zur Wahl 2009 ist zwar noch Zeit, jedoch ist es Zeit, die intensiv dazu benutzt werden muss, das Projekt Europa den Wählerinnen und Wählern wieder schmackhafter zu machen.

Mirjam von Jarzebowksi

★ Dritte "EUD-konkret" mit Gunther Krichbaum MdB

Am 15. Mai 2008 um 12.30 Uhr begrüßte die Europa-Union Verband Brüssel zur dritten Veranstaltung "EUD-konkret" in der Landesvertretung Baden-Württemberg. Unter dem Thema "Der Deutsche Bundestag in der EU - Mitspieler oder Zuschauer?" ermöglichte Gunther Krichbaum MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag und selber Mitglied der Europa-Union in Baden-Württemberg den Brüsseler Mitgliedern des Verbandes Einblicke in aktuelle Themen der EU und deren Relevanz für den Deutschen Bundestag.

Im Europasaal der baden-württembergischen Landesvertretung kam er sowohl auf den Lisabonner Vertrag und dem Ratifizierungsprozess in Deutschland und Irland zu sprechen, wie auch auf die anstehende französische Ratspräsidentschaft. In der lebhaften Diskussion wurde schließlich auch - als zentrales Thema im Verhältnis von EU-Institutionen zum Deutschen Bundestag - die Frage nach der Subsidiarität aufgegriffen. Krichbaum warb dafür, dass deutsche Behörden - neben den bestehenden Einrichtungen wie z.B. das Verbindungsbüro des Bundestages oder der Landesvertretungen,



verstärkt die Möglichkeit des kleinen Dienstweges nutzen und dabei auf bestehende Brüsseler Netzwerke, wie z.B. das Bundestagsbüro oder die Landervertretungen oder auch die Europa-Union selbst, zurückgreifen, um fundierte Expertisen einzuholen. Sehr interessiert war das Publikum zudem an der anstehenden Personalentscheidung zum zukünftigen deutschen Kommissars bzw. Kommissarin; ein Thema, das auch beim sich anschließendem Imbiss noch heiß diskutiert wurde.

Mandy Bahr

★ Agora zum Klimawandel

Agora - griechisch der Marktplatz - ist eine Einrichtung des Europäischen Parlaments, um die Bürgerbeteiligung zu stärken und sich "frei und vernehmbar zum großen Thema des Klimawandels zu äußern." Die Europa-Union Deutschland, ebenfalls ein Vertreter der Zivilgesellschaft - konnte über unseren Dachverband, die U.E.F. eine Vertreterin entsenden.

Am 12. und 13. Juni 2008 lud das Europaparlament zum Dialog über den Klimawandel. Die europäische Bürgergesellschaft war dazu aufgerufen, mit Vertretern der verschiedenen europäischen Institutionen und internationalen Experten über die Analyse des Klimawandels und Konzepte zur Bewältigung seiner ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Folgen zu diskutieren. So kam es, dass Gérard Onesta, der geistige Vater dieser Veranstaltung, dann auch am 12. Juni im Plenarsaal des Parlaments rund 500 Vertreter dieser europäischen Bürgergesellschaft willkommen heißen konnte.

Im ersten Block der Veranstaltung erhielten u.a. der Vorsitzende und der Berichterstatter des Nichtständigen Ausschusses des EP zum Klimawandel, Guido Sacconi und Karl-Heinz Florenz, die Gelegenheit, Sichtweise und Arbeiten des Europäischen Parlaments zum Klimawandel darzustellen und zu erklären. Insbesondere Karl-Heinz Florenz versuchte tapfer, die auf ihn aus dem Publikum einprasselnden Fragen zu beantworten. Die europäischen Institutionen wurden u.a. durch Hans-Gert Pöttering, José Manuel Durao Barroso und den aktuellen Präsidenten des Umweltrates, den slovenischen Umwelt- und Raumplanungsminister Janez Podobnik repräsentiert. Sie berichteten von den jeweiligen Perspektiven ihrer Institutionen auf den Klimawandel und deren klimapolitischen Schwerpunkten. Dabei betonten die Redner die Rolle der einberufenen Agora, die in ihrer antiken Tradition als soziale Institution und Versammlungsplatz die Grenzen zwischen den politischen Gruppen, den Sektoren der Zivilgesellschaft und zwischen den nationalen Interessen in der Diskussion überwinden hel-

fen solle. Vor allem aber wurde herausgestellt, dass umwälzende soziale, wirtschaftliche und kulturelle Folgen des Klimawandels unmittelbar vor der Tür des Hauses Europa stünden und eine dritte, von Europa zu gestaltende industrielle Revolution notwendig machten.

Die folgenden Redner, thematisch als "Augenzeugen" des Klimawandels eingeführt, betonten den an uns alle gerichteten Handlungsimperativ angesichts der Herausforderungen des Klimawandels. Vor allem Jeremy Rifkin, der Präsident der International Foundation for Economic Prospective, zog das



Publikum in seinen Bann: Die Welt, so Rifkin, stehe im Sonnenuntergang einer Ära, die durch die Energiequellen Öl, Kohle und Uranium geprägt gewesen sei, und nun von einer dritten industriellen Revolution abgelöst werden müsse. Diese werde auf vier Säulen stehen: zum einen auf erneuerbaren Energien, zum zweiten auf der Nutzung von Gebäuden als selbst- und fremdversorgende Kraftwerke, zum dritten auf Wasserstoff als Energieträger, d.h. Speicher überschüssiger Energie, welche - als vierte Säule - in intelligente Versorgungsnetze eingespeist und an alle Netzverbundenen (rück)verteilt werde. Die auf diesen Pfeilern basierende dritte industrielle Revolution, so schloss Rifkin, sei der Sonnenaufgang, den die Welt erwarte, und der von Europa aus heraufdämmern müsse.

Die nächsten beiden Blöcke der Agora waren der Arbeit in fünf Workshops vorbehalten. Die Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit natürlichen Ressourcen und Artenvielfalt, dem Bereich Technologie, Forschung, Innovation, der Diskussion um Solidarität und anderen ethischen Fragen, mit den Themen Wirtschaft, Handel und Entwicklung sowie mit Regierungsführung und -fragen im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Vier der fünf Workshops teilten die Auffassung, dass die EU bis 2020 nicht nur 20%, sondern 30% ihres CO₂-Ausstoßes von 1990 zurückfahren

müsse. Diskutiert wurden in den verschiedenen Workshops u.a. aber auch Themen wie Nuklearenergie als möglicher Lösungsbeitrag zum Klimawandel, die nachhaltige Nutzung von Agrofuels, kulturelle Leitbilder und die Notwendigkeit von Verhaltensmodifikationen, klima- und sozialverträgliche Entwicklungshilfe, die Notwendigkeit der Steigerung der Energieeffizienz sowie die Einführung von "personal carbon quotas".

Auf der Abschlussveranstaltung am 13. Juni wurde von den Workshops berichtet und ihre Ergebnisse zusammengetragen. Die Zivilgesellschaft, so schloss Gerard Onesta, müsse ihre Meinungen stärker einbringen können und sichtbar im Europäischen Parlament werden; eine Institutionalisierung der Agora könnte hier einen Weg aufzeigen.

Gabriela Schneider
Referentin für Europarecht und Europapolitik,
Katholisches Büro in Berlin

★ EUD bei XING

Die Europa-Union-Gruppe beim Internetnetzwerk XING zählt nunmehr über 450 Mitglieder. Im Rahmen der Gruppenseite wurden zahlreiche Foren eingerichtet, in denen die Mitglieder der Gruppe zu den unterschiedlichsten Themen diskutieren und Vorschläge einbringen. Weiterhin besteht die Möglichkeit, die Gruppenmitglieder über ein spezielles Terminsystem zu konkreten Terminen einzuladen und Zu- bzw. Absagen zu verwalten.

Der Link www.xing.com/net/eud

★ 10 Fragen an...

Unter dieser Rubrik stellt Yvonne Nasshoven jeweils 10 Fragen an Mitglieder der Europa-Union Verband Brüssel, um sie vorzustellen.

10 Fragen an Markus Russ



1. Tätigkeit: Leiter der Verbindungsstelle Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung

2. In Brüssel seit. 2001

3. Über mich (Hobbies etc.): Ich liebe Kochen, asiatisch und das vor allem kreativ; dabei verwende ich aber nur Zutaten, bei denen ich glaube, dass diese zusammenpassen – die Rezeptbücher bleiben eigentlich immer im Schrank. Bei schönem Wetter liegt ich am liebsten in meiner Hängematte, hab ein gutes Glas Rotwein in Griffweite und blicke auf den gepflegten Garten, der aber sehr viel Arbeit macht.

4. Man trifft mich bei (Lieblingsrestaurant o.a.) Ta Kao II (Vietnamese), mittags oft im Take Sushi.

5. Mein Geheimtipp: "Passion Chocolat" Claire Macq, Pralinage artisanal, Rue Père E. Devroye, 197; erinnert mich immer an den Film "Chocolat": gleiche Atmosphäre und einfach toller Geschmack.

6. Buchempfehlung: Martin Hüfner: "Europa - Die Macht von morgen"

7. Lieblingszitat/ Motto: "Der Verstand kann uns sagen, was wir unterlassen sollen. Aber das Herz kann uns sagen, was wir tun müssen."

8. Weshalb ich bei der Europa-Union Mitglied bin:

Neben meiner Arbeit als Leiter einer Politischen Stiftung in Brüssel finde ich es gut, überparteilich an den wichtigen Themen der Europapolitik mitzuwirken; durch die aktive Mitarbeit bei der EUD wird mir dies ermöglicht.

9. Europa bedeutet für mich:

- Ein Raum von Stabilität, Vielfalt und Wohlstand, in dem ich mich zu Hause fühle.
- Ein großes Ideal, das hoffentlich nicht durch Egoismus, Angst und Ignoranz zerstört wird.
- Die Verwirklichung der Idee, möglichst vielen Menschen das Zusammenleben in dauerhaftem Frieden und Wohlstand zu sichern.
- Unsere Zukunft!

10. Drei Wünsche an / für Europa:

- Die Errungenschaften, die wir mit der europäischen Einigung erzielt haben, dem Bürger so zu vermitteln, dass er Europa endlich ins Herz schließt – und es nicht mehr hergeben möchte,
- Die Politiker "zu Hause" (Berlin und in meinem Falle München) in die Pflicht nehmen, für Europa zu werben und nicht zu nörgeln,
- die verschiedenen Medien bei ihren Entscheidungen über Themen so zu motivieren, endlich mal positiv über Europa schreiben zu lassen, vor allem in Hinblick auf die Europawahlen.

★ 50 Jahre Europäisches Parlament - vom Debattierclub zum gleichberechtigten Gesetzgeber

Am 19. März 1958 kamen 142 Abgeordnete aus sechs Staaten zur konstituierenden Sitzung jener Versammlung zusammen, die sich bald darauf Europäisches Parlament nannte und heute das größte multinationale Parlament der Welt ist - und das zweitgrößte frei gewählte: es vertritt knapp 500 Millionen Bürger aus 27 Ländern.

Bereits bei der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1951 wurden eine Hohe Behörde, ein Ministerrat, eine Gemeinsame Versammlung, ein Gerichtshof, sowie ein beratender Ausschuss eingerichtet. Die Gemeinsame Versammlung, das Parlament der EGKS, fungierte als Kontrollinstanz und setzte sich aus 78 Abgeordneten aus allen Mitgliedstaaten zusammen. Der baden-württembergische CDU-Politiker Hans Furler war von 1956 bis 1958 erster deutscher Präsident der Gemeinsamen Versammlung.

Bei Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 wurde im "Abkommen über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften" aus der Gemeinsamen Versammlung eine Gemeinsame Europäische Parlamentarische Versammlung. Schließlich kamen am 19. März 1958 in Straßburg 142 Abgeordnete aus sechs Staaten zur ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Die Versammlung arbeitete in vier offiziellen Sprachen, dennoch reichte ihre Kompetenz nicht über eine beratende Funktion innerhalb der Europäischen Gemeinschaft hinaus.

Mit dem Vertrag von Luxemburg 1970 wurden die Haushaltsbefugnisse des Parlaments entschieden erweitert und auch der Handlungsspielraum des Parlaments vergrößerte sich stetig. Auf dem Pariser Gipfel 1974 wurde entschieden, dass die bis dahin von den nati-

onalen Parlamenten bestimmten und nach Straßburg entsandten Abgeordneten in Zukunft direkt gewählt werden. Im Juni 1979 fand somit die erste direkte Wahl statt und Bürger der bis dato neun Mitgliedstaaten wählten 410 Abgeordnete. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) 1986 lautete von nun an die offizielle Bezeichnung "Europäisches Parlament".

Die Staats- und Regierungschefs der mittlerweile 15 Mitgliedstaaten beschlossen 1991 in Maastricht den Vertrag über die Europäische Union. Für das Parlament bedeutete dies konkret mehr Mitentscheidungsrechte in nunmehr 15 Politikbereichen, sowie die Zustimmung zur Kommission und die Ernennung des Europäischen Bürgerbeauftragten. Die Erweiterung der Mitentscheidung auf 32, bzw. auf 37 Politikbereiche, sowie das Recht zur Wahl des Präsidenten der Kommission ergaben sich aus den Verträgen von Amsterdam und Nizza 1997 und 2000.

Mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon werden die Politikbereiche des Parlaments auf 90 ausgeweitet werden, sowie die Obergrenze der Sitzzahl im Parlament auf 750+1 festgelegt - dies überschreitet zwar die vom Parlament selbst gewünschte Höchstzahl von 700, kommt ihr aber erfreulich nahe. Nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ist das Europäische Parlament damit neben dem Ministerrat ebenbürtiger Gesetzgeber. Dies stärkt die demokratische Legitimation der EU und macht ihr Parlament vollends zur "Bürgerkammer".

Stefanie Heuer

58
08



★ Pros and Cons

Der zweite Beitrag dieser Rubrik widmet sich dem Thema Health-Check. Die Beiträge geben die Meinungen der Verfasser und deren Organisationen, nicht aber die Meinung des Vorstandes der Europa-Union Verband Brüssel wieder.



Wenn Sie Interesse haben, an dieser Stelle Ihre Meinung oder die Ihrer Organisation in ähnlicher Weise darzustellen, so kommen Sie gerne auf uns zu. Vielleicht haben Sie ja schon einen Vertreter für jede Seite auf Lager.

Nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft fördern

Die EU-Agrarpolitik wird zurzeit im Rahmen der Health-Check genannten Zwischenevaluierung diskutiert. Im Jahr 2013 beginnt die neue Finanzplanungsperiode der EU. Dann muss auch eine Neuausrichtung der Agrarpolitik angegangen werden. Die alten Grundsätze der Agrarpolitik – Ernährungssicherung und Preisstabilisierung – müssen dabei beibehalten, aber in einen verantwortlichen internationalen Rahmen gesetzt werden. Die EU-Kommission gibt mit ihren Vorschlägen vom 20. Mai jedoch eine schwache Antwort auf die aktuellen Herausforderungen Klimawandel und Hungerproblematik, eine grundlegende Reform der Agrarpolitik bleibt weiterhin erforderlich. Die Agrarpolitik muss umwelt- und beschäftigungspolitisch wirksam werden: Eine Bindung der Direktzahlungen an den Einsatz von sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräften auf dem Betrieb und, noch stärker als jetzt, an die Einhaltung von Umweltauflagen sind wichtig.

Den bäuerlichen Betrieben in der EU hat die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bisher nicht geholfen. Die Instrumente der Preisregulierung wurden dazu eingesetzt, die Preise nach unten zu drücken. So konnten nur die stark rationalisierten Betriebe überleben. Allein in Deutschland wurden zwischen 1967 und 1997

360.000 Bauernhöfe aufgegeben. Obwohl heute ein Arbeitsplatz in der Industrie längst keine sichere Einkommensalternative mehr ist, wird der Strukturwandel weiter vorangetrieben. Jedes Jahr werden einige Tausend bäuerliche Betriebe in Europa aufgegeben. Der Entwicklungstrend der GAP geht zum rationalisierten Agro-Großbetrieb – mit wenig Beschäftigten und hohen Umweltkosten. Übrig bleiben ländliche Räume, in denen kaum noch Einkommen erwirtschaftet wird, die sich deshalb leeren oder zu Pendlevororten entwickeln.

Aber es gibt auch eine Gegenbewegung. Durch Selbstvermarktung, handwerkliche Weiterverarbeitung auf dem Betrieb und regionale Vermarktungszusammenschlüsse schafft es eine zunehmende Zahl von Betrieben, der "Wachsen-oder-Weichen"-Logik zu entkommen. Diese erwirtschaften ihr Einkommen durch Qualität, Individualität und das Vertrauen der Kunden statt durch immer mehr Quantität.

Bäuerliche Betriebe stärken

Für die ländlichen Räume Europas ist Entwicklungsförderung vonnöten, um eine nachhaltige Nutzung zu erreichen. Die sogenannte zweite Säule der Agrarpolitik - die Förderung ländlicher Entwicklung - bietet den EU-Mitgliedern dafür einige Möglichkeiten. Bisher müssen die Mitgliedstaaten allerdings Projekte der ländlichen Entwicklung je nach Ausrichtung und Region zu 20-50 Prozent kofinanzieren, während die Direktzahlungen zu 100 Prozent aus dem EU-Haushalt kommen. Förderfähig sind beispielsweise die Umstellung auf den ökologischen Landbau, bestimmte Umwelleistungen, die Erhaltung bedrohter Nutztierassen und Nutzpflanzen, Investitionen in tiergerechtere Haltung sowie die Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte auf dem Hof. So können Arbeitsplätze geschaffen und Transportwege für Lebensmittel verkürzt werden. Die umweltbezogenen Förderprogramme können einen Beitrag zur Erhaltung einer vielfältigen Kulturlandschaft und der landwirtschaftlichen Sorten- und Tierassen-Vielfalt leisten. Gerade im Hinblick auf den Klimawandel ist eine vielfältige, anpassungsfähige

Landwirtschaft wichtig. Durch gezielte Programme kann dazu beigetragen werden, dass ein Mehrwert aus der Erzeugung von Qualitätsnahrungsmitteln in den Regionen bleibt, ohne dass Überschüsse erzeugt werden, die dann wieder auf den Weltmarkt unter Preis verkauft würden.

Auch die 400 Experten des UN-Agrar-rats IAASTD haben unterstrichen, dass eine nachhaltige Sicherung der Welternährung nur über bäuerliche Landwirtschaft möglich ist. Daher muss die EU-Agrarpolitik endlich eine nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen durch bäuerliche Betriebe fördern, anstatt wie bisher in eine industrielle Landwirtschaft zu investieren, die sich von Öl, Chemie und Gentechnik abhängig macht.

Agrar-Außenpolitik

Die EU hat sich verpflichtet, bis 2013 alle direkten Exportsubventionen abzuschaffen. Es müssen jedoch auch alle indirekt exportbegünstigend wirkenden Maßnahmen beendet werden. Systeme der Preisregulierung und Mengensteuerung sollten weiterhin eingesetzt, aber zu Gunsten bäuerlicher Lebensmittelerzeugung verändert werden. So kann beispielsweise eine gezielte, marktorientierte Mengensteuerung bei der Milchproduktion dazu beitragen, die nachhaltige Nutzung von Grünland und die Erhaltung bäuerlicher Betriebe in der EU zu fördern, ohne negative Auswirkungen auf den Milchmarkt von Drittländern zu haben. Die Erhaltung bäuerlicher Betriebe und damit der Ernährungssouveränität der Regionen in Ländern des Südens und des Nordens widersprechen sich nicht, sondern sind nur gemeinsam zu erreichen.



Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Europaparlamentarier der Grünen.

Reaktion von COPA und COGECA auf die Mitteilung der Kommission zum "Health Check" der GAP-Reform von 2003

1. COPA (Ausschuss der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen) und COGECA (Vertretung der europäischen Landwirte und ihrer Genossenschaften) vertreten den Standpunkt, dass eine Reihe von Signalen wie die rapide zunehmende Nachfrage nach Nahrungsmitteln, die größere Marktvolatilität und explodierende Energiepreise auf fundamentale Umwälzungen in der Landwirtschaft weltweit schließen lassen. Die strategische Bedeutung der europäischen Landwirtschaft als ein multifunktionaler, nachhaltiger und wettbewerbsfähiger Sektor muss somit das Hauptziel des "Health Checks" sein.
2. Die landwirtschaftliche Produktionskapazität Europas muss optimal ausgeschöpft werden, so dass seinen 500 Millionen Bürgern eine stabile und gesicherte Versorgung mit Nahrungsmitteln gewährleistet werden kann, die nach den anspruchsvollsten Standards der Lebensmittelsicherheit und der Nachhaltigkeit produziert werden. Weiterhin muss die EU ihrer Aufgabe bei der Befriedigung der weltweiten Nachfrage nach Nahrungsmitteln gerecht werden.
3. COPA und COGECA halten daher die größeren Änderungen im "Health Check" in diesem frühzeitigen Stadium, d.h. solange die Auswirkungen der Reform von 2003 nicht zuverlässig bewertet werden können, für überstürzt. Sie unterstützen in vollem Umfang die Absicht der Kommission, weitere technische Vereinfachungen sowie einen Bürokratieabbau herbeizuführen, um die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) effizienter zu gestalten. Nur so können die Landwirte und ihre Genossenschaften schneller auf Marktentwicklungen und Nachfrageverlagerungen reagieren.
4. COPA und COGECA erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass die Staats- und Regierungschefs durch Aufrechter-

haltung von Artikel 39 des Vertrags von Rom im neuen EU-Vertrag von Lissabon die Ziele der GAP nochmals bekräftigt haben und treten daher für die Erhaltung des Agrarhaushalts bis 2013 ein.

5. Für die GAP ist außerdem von herausragender Bedeutung, dass ihre 'gemeinsame' Komponente gestärkt wird. Eine zunehmende Renationalisierung der GAP speziell mittels Änderungen in der Finanzierung ist zu vermeiden, da ansonsten der europäische Binnenmarkt beeinträchtigt würde.
6. Die europäischen Landwirte sind ihrerseits bestrebt, die mit der Reform von 2003 einhergehende größere Marktorientierung sowie ihre Rolle als der wichtigsten Triebkraft für die Entwicklung des ländlichen Raums überall in der EU wahrzunehmen. Es darf dabei nicht vergessen werden, dass die GAP-Reform von 2003 den Landwirten substantielle Anpassungen ihrer Wirtschaftsweisen abverlangt hat und dass die Reformmaßnahmen zum Großteil nicht vor 2005/06 auf einzelbetrieblicher Basis eingeführt worden sind.
7. Die übergeordnete Priorität des "Health Checks" muss darin bestehen, den Landwirten und ihren Genossenschaften eine Periode der Stabilität sowohl in Bezug auf die Politik als auch hinsichtlich der Regeln und Vorschriften einzuräumen. Damit wird auch sichergestellt, dass der Integrationsprozess der zwölf neu beigetretenen Mitgliedstaaten in positiver Weise für die dortigen Landwirte und Bürger fortgeführt wird.

Herr Ludwig Willnegger hat Agrar- und Rechtswissenschaften studiert (B.Sc., Volljurist) und arbeitet als Policy Advisor seit April 2007 bei COPA und CO-GECA.



★ **Mitteilungen des Schatzmeisters**

Für das Jahr 2008 haben wir vor einigen Wochen die Beitragsrechnung 2008 gemeinsam mit der Einladung zur Mitgliederversammlung versandt.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

★ **Terminvorschau**

- Juli 2008: **Praktikantenexkursion** "Praktis für Praktis" zu SHAPE (Mons)
- 27. August: **EUD-Mitgliedersommerfest**
- 12. September: Treffen mit den Landesvorständen der Jugendorganisation Junge Europäische Föderalisten in Brüssel
- Dritte Septemberwoche: **EUD-konkret**
- 20. Oktober 2008: **Debriefing** im Goethe-Institut

Zu allen Terminen versenden wir rechtzeitig Einladungen per E-Mail sowie kündigen diese auf unserer Homepage an.

★ **Impressum:**

Europa-Union Deutschland e.V.
Verband Brüssel
Geschäftsstelle:
c/o Union of European Federalists (UEF)
Chaussée de Wavre 214 D
B-1050 Bruxelles

Tel: 02 28-47545
Fax: 02 791 5795

E-Mail: info@eud-bruessel.eu
www.eud-bruessel.eu

Redaktion: Georg Becker

Bankverbindung

Bankverbindung: Konto: 363-0201214-76
(ING)
IBAN: BE91 3630 2012 1476
BIC: BBRUBEBB



Geschäftsstelle:
c/o Union of European Federalists (UEF)
Chaussée de Wavre 214 D
B-1050 Bruxelles

Fax: (+32-2) 791 5795
E-Mail: info@eud-bruessel.eu
Internet: www.eud-bruessel.eu

Mitgliedsantrag

Ich möchte mich für die Einigung Europas in Frieden und Freiheit einsetzen und der überparteilichen Europa-Union Deutschland beitreten.

Vor- und Zuname: _____

Adresse: _____
(ggf. dt. Adresse)

Telefon: _____ **Geburtsdatum:** _____

Email: _____ @ _____

Beruf/Arbeitgeber: _____

- Ich bin bereit, als **ordentliches Mitglied** im Verband Brüssel einen Jahresbeitrag von _____ € (Selbsteinschätzung) zu entrichten. Der Mindestbetrag pro Jahr beträgt 43,- € (Studierende 21,50 €), darin ist enthalten die Lieferung der Verbandszeitung EURO-PA AKTIV. Sofern ich noch nicht 35 Jahre alt bin, werde ich gleichzeitig (ohne Mehrkosten) Mitglied bei der Jugendorganisation Junge Europäer (JEF).
- Ich bin bereits Mitglied in der Europa-Union im Landes-/Kreisverband _____, möchte meine Mitgliedschaft dort beibehalten und werde für zusätzlich _____ € (Selbsteinschätzung), mindestens jedoch 10 € pro Jahr **außerordentliches Mitglied** im Verband Brüssel.
- Ich bin Praktikant/in bzw. Studierende/r, werde bis zum _____ in Brüssel bleiben und werde deshalb kostenfrei Mitglied des Verbandes Brüssel für die Zeit in Brüssel. Nach meiner Rückkehr wird der Verband Brüssel meine Daten dann dem zuständigen Landes- bzw. Kreisverband weiterreichen und ich werde zu den oben genannten Bedingungen **ordentliches Mitglied**. Sofern ich noch nicht 35 Jahre alt bin, werde ich gleichzeitig Mitglied der Jugendorganisation *Junge Europäische Föderalisten* (JEF). (Bitte dann unbedingt oben auch die **deutsche Adresse** angeben).

Ort, Datum

Unterschrift